

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, des Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Canton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Die Inseratgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Petitdruck über deren Raum 8 fr.



Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Hamerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Inhalt.

Deutschland. Frankfurt (Telegr. Nachricht von Berlin, vom 14. März, 5 1/2 Uhr Abends. Eröffnungen des Herrn Reichsfinanzministers v. Bederath auf die Interpellation des Abg. Gevekoht Namens des Marineauschusses). Aus Oesterreich (Nachrichten aus Ungarn, Siebenbürgen, Galizien, der Bukowina und von Venedig). Wien (Die Verhafteten Prato und Fischhof. Die „Presse“ und der „Lloyd“ über Windischgrätz. Vermischtes). Dresden (Beunruhigende Gerüchte) Hannover (Fortdauer der Ministerkrisis. Wahrscheinliche Vertagung der Kammern).

Frankreich. Paris (Drei Noten der österreichischen Regierung. England erklärt, in Italien nicht interveniren zu wollen. Ein französisches Geschwader nach Italien. Mission des General Fabbier nach Kopenhagen. Nationalversammlung. Verfassung).

Hindostan. Die Stellung der Engländer den Sikhs gegenüber. Schluß.

Nachschrift.

Börsenberichte.

Deutschland.

Telegraphische Depesche.

*+ **Frankfurt, 14. März, Abends.** Durch den Telegraphen ist so eben die Nachricht von Berlin, 14. März, 5 1/2 Uhr Abends, hier eingetroffen, daß die erste preussische Kammer den nachstehenden Paragraphen einer Antwort auf die Thronrede fast einstimmig angenommen hat:

„Die von Ew. Majestät gegebene Wünsche für die innige Vereinigung aller deutschen Staaten zu einem Bundesstaate leben mit gleicher Stärke in dem Herzen des Volkes. Die Befriedigung der Sehnsucht nach dem einigen Deutschland ist eine Nothwendigkeit; sie ist entsprechend der tief begründeten Erkenntniß, daß vor Allem in dieser Vereinigung alle geistigen und materiellen Fragen, welche unser Vaterland bewegen, gelöst, die mahnenden Bedürfnisse der deutschen Nation in ihrem staatlichen, gewerblichen und Handelsleben befriedigt werden können. Diese Einigung wird das deutsche Volk zu der Größe und Herrlichkeit erheben, zu welcher es nach seiner Lage im Herzen Europas besonders befähigt und berufen ist. Je mehr der Augenblick zur Verwirklichung dieses Gedankens herannahet, desto stärker tritt für Preußen der Beruf hervor, die bis dahin bewiesene Bereitwilligkeit, dazu mitzuwirken, auf das Entschiedenste zu betätigen. Sollte derselbe unter den gegenwärtigen Umständen nicht zu einer Vereinigung aller deutschen Staaten führen, so wird Preußen die Anerkennung nicht versagt werden können, daß dieser unerwartete Ausgang von ihm weder herbeigeführt, noch abzuwenden gewesen ist. Wir werden in der Bildung eines engeren Vereines innerhalb des Bundes eine zweckentsprechende Anbahnung des großen Ziels mit Befriedigung erkennen, und Euer Majestät Regierung in Ueberwindung der sich entgegenstellenden Schwierigkeiten und Hindernisse mit aller Kraft zur Seite stehen.“

H **Frankfurt, 14. März.** (Eröffnungen des Hrn. Reichsfinanzministers v. Bederath auf die Interpellation des Abg. Gevekoht Namens des Marineauschusses. Nachtrag zum letzten Sitzungsberichte.) Die Staaten, welche die erste Quote der Matricularumlage noch nicht bezahlt haben, sind: Oesterreich mit 1,566,138 fl. 33 kr., Bayern mit 587,989 fl. 51 kr., Sachsen mit 198,198 fl. 49 kr., Luxemburg und Limburg mit 41,883 fl. 12 kr., Liechtenstein mit 916 fl. 1 kr., und bis zu diesem Augenblick auch noch Kurhessen mit 93,792 fl. 25 kr., wobei jedoch zu bemerken ist, daß die kurhessische Regierung durch ihren Bevollmächtigten bei der Centralgewalt unterm 24. Februar d. J. die Anzeige gemacht hat, die Direction der Hauptstaatskasse in Kassel sei von ihr angewiesen worden, die betreffende Summe an die Reichskasse einzuzahlen. Was zunächst Oesterreich betreffe, so sei der hohen Versammlung die Note des österreichischen Bevollmächtigten vom 8. December v. J. bekannt. Oesterreich erklärt darin, daß es seiner Marine den Schutz der deutschen Schifffahrt, wie bisher, so auch fernerhin zur angelegentlichsten Aufgabe mache, glaube aber, da die übrigen deutschen Bundesländer seiner Seemacht nichts entgegenstellen könnten, in dieser Beziehung seine Bundespflicht mehr als erfüllt zu haben und nicht verbunden zu sein, an der Beschaffung der von der Nationalversammlung decretirten sechs Millionen Thaler Theil zu nehmen. Dagegen habe das Reichsministerium in einer Note vom 23. Januar 1849 hervorgehoben, daß es sich hierbei nicht lediglich um die Ausführung eines Beschlusses der Nationalversammlung, sondern um die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaats handle, in welchem die Centralgewalt nach dem Gesetz vom 28. Juni v. J. die vollziehende Gewalt zu üben habe, indem ihr zugleich nach dem Bundesstatut vom 12. Juli v. J. die verfassungsmäßigen

Befugnisse der Bundesversammlung zustünden. Zu diesen Befugnissen gehöre überhaupt nach der ausdrücklichen Bestimmung des Art. 52 Alinea 2 der Wiener Schlussacte diejenige: „in vorkommenden Fällen die zur Ausführung besonderer, in Hinsicht auf anerkannte Bundeszwecke gefaßter Beschlüsse erforderlichen Ausgaben und die zur Befreiung derselben zu leistenden Beiträge zu bestimmen.“ Wenn die österreichische Regierung erkläre, daß sie bereit sei, die deutsche Schifffahrt mit ihrer Seemacht zu schützen, so könne die Centralgewalt dadurch die ihm im Allgemeinen erkannte Bundespflicht nicht als erfüllt betrachten. Da durch solche im besonderen Interesse Oesterreichs gewünschte Anordnungen und einseitige, abändernde und beschränkende Modalitäten der Ausführung, die eigentlich von der Centralgewalt gewünschte Wirkung nicht hervorgebracht werde. Die fragliche Anordnung der Centralgewalt habe nicht bloß den Schutz der deutschen Schifffahrt zum Zweck, sie beabsichtige, den Grund zu einer einheitlichen nationalen Kriegsmarine zu legen, die, als Eigenthum der Gesamtheit unter den unmittelbaren Befehl der Reichsregierung gestellt, der Nation die lang ersehnte Geltung zur See, und hierdurch die politische Stellung, die ihr gebührt, erwerben solle. Die Gründe, um derentwillen Deutschland den Besitz einer Kriegsflotte ersehne, führen über jenen beschränkten Zweck hinaus, und selbst dieser könne nicht einmal erreicht werden, wenn die einzelnen Staaten, statt zur Erreichung einer Gesamtschiffahrt durch die ihnen bundesmäßig obliegenden Geldleistungen mitzuwirken, bloß die allgemeine Versicherung ertheilten, daß sie bereit seien, mit ihren eigenen Schiffen — seien es nun bereits vorhandene oder noch zu erbauende — den deutschen Seehandel zu schützen. Die Centralgewalt müsse daher der von der k. k. österr. Regierung ausgesprochenen Ansicht ihre Zustimmung gänzlich verjagen und dieselbe wiederholt um Einfindung des Matricularbeitrages von 1,566,138 fl. 33 kr. ersuchen. Auf diese Zuschrift, so wie auf ein Schreiben vom 13. Februar, welches die Aufforderung zur Einzahlung des auf Oesterreich fallenden Theils an der zweiten Umlage für die Flotte enthielt, sei dem Reichsministerium unterm 27. Febr. durch den österreichischen Bevollmächtigten eine Zuschrift übergeben worden des Inhalts: Oesterreich könne sich nicht bewegen sehen, den gewünschten Matricularbeitrag zu leisten, in Erwägung, daß die für die Beschaffung der deutschen Flotte bewilligten 6 Millionen Thaler bestimmt seien, den Grund zu einer deutschen Flotte und zwar in den nördlichen Häfen Deutschlands zu legen. Der deutsche Staat Oesterreich habe aber im Süden ein Meeresgebiet, und könne daher mit demselben Rechte beanspruchen, daß auch in diesem eine deutsche Flotte gebildet werde. Für jene deutsche Südschiffahrt werde alsdann Oesterreich seinen vollen Beitrag in Schiffen und Schiffsmaterialien geben, welches ungleich günstiger sei als eine Geldleistung, mit der erst Schiffe herbeigeschafft und ausgerüstet werden sollten. Wenn einmal das Bundesverhältniß für alle deutsche Staaten hergestellt und geordnet sei, so werde Oesterreich mit seinem Contingente des Landheeres wie mit jenem der Flotte für Deutschland zu sechten wissen, und sich damit unter die verfassungsmäßige Centralgewalt stellen. Von einer Verlegung der Bundespflicht könne aber jedenfalls keine Rede sein, wenn Oesterreich seinen Beitrag zur Flotte dadurch zu geben bereit sei, daß es seiner Zeit seine Schiffe für den Reichsdienst verwenden wolle. Durch diese Mittheilung dürste auch die Zuschrift des Reichsfinanzministeriums vom 13. Febr., welche die Umlage weiterer 5,250,000 fl. als zweite Rate der für die Gründung einer deutschen Marine vorläufigen Summe bekannt gebe, ihre Erledigung finden. — Bayern sei vom Reichsministerium vorgeschlagen worden, die fraglichen Matricularbeiträge auf seine ihm in der Regel von den Zollverordnungen zukommende Rate anzuweisen. Das Reichsministerium habe nach mehreren erfolglosen Erinnerungsschreiben (vom 4. u. 27. Nov.) an den bayerischen Bevollmächtigten sich wegen der Einzahlung am 19. December unmittelsbar an die bayerische Staatsregierung gewendet. Der bayerische Bevollmächtigte habe hierauf am 26. December dem Ministerium erklärt, daß seine Regierung in den Vorschlag des Ministeriums nicht eingehen könne, da die Zollgefälle nach nicht zu umgebenden gesetzlichen Bestimmungen zur Dotation der Staatsschuldentilgungsanstalt verwendet würden. Außerdem habe Bayern für die Aufstellung seiner Truppen in der Pfalz, Baden und Mannheim eine Summe von 2,262,390 fl. 39 kr. vom Reiche in Anspruch zu nehmen, und trage darauf an, daß eine Ausgleichung pro rata bewirkt werde. Auf eine Erwiderung des Reichsministeriums vom 31. December, worin dasselbe die von Seiten der bayerischen Regierung gestellten Einwendungen als unzulässig zurückwies und auf der baaren Einzahlung bestand, habe die bayerische Regierung in einer Zuschrift vom 25. Januar 1849 eine demnächstige befriedigende Regelung der Angelegenheit in Aussicht gestellt und erklärt, daß zu dem Ende die geeigneten Anträge dem be-

reits versammelten Landtage ohne Aufschub vorgelegt würden. Hierauf habe das Reichsministerium darauf aufmerksam gemacht, daß die den Einzelstaaten gegen die Gesamtheit obliegenden Leistungen schon nach der früheren Bundesverfassung nicht der vorgängigen Zustimmung der Stände unterworfen gewesen seien und daß die Centralgewalt dieselbe Befugnisse beanspruche. Das Ministerium habe ferner erklärt, daß das längere Ausbleiben der rückständigen Fonds bedenkliche Hemmungen nach sich ziehen müsse, und daß es nicht geneigt sei, die Verantwortlichkeit für eine solche Benachtheiligung des öffentlichen Interesses zu übernehmen. Hierauf habe der bayerische Bevollmächtigte am 25. Januar erklärt, die Staatskasse habe nur für die ehemaligen geringen Matricularbeiträge Bayerns vorgeesehen, die Kasse sei durch große unvorhergesehene Ausgaben erschöpft. Die Regierung glaube aber für die außerordentlichen von der Nationalversammlung genehmigten Flottenbeiträge die Genehmigung des Landtages einholen zu müssen. Das werde ohne Aufschub geschehen und die Herbeischaffung des Geldes werde ebenso ohne Aufschub erfolgen. Auf eine neuerliche nachdrückliche Zuschrift an die bayerische Regierung sei dem Ministerium am 5. Febr. ein letztes Schreiben des interimistischen bayerischen Bevollmächtigten gekommen von gleichem Inhalte wie das vom 15. Jan. 1849. — Sachsen wolle abwarten, bis die betreffenden Zahlungen seitens der anderen Staaten, wenigstens der meisten größeren, auch gesichert seien, rücksichtlich der Modalität der Zahlung aber, das Reichsministerium auf die Sachsen zukommende Rolle aus der Zollvereinskasse anzuweisen, sehe es von dem wohlgemeinten Vorschlage des Reichsministeriums ab, und ziehe vielmehr die directe Abführung der fraglichen Gelder vor. Das Ministerium habe den Vorbehalt der sächsischen Regierung für unzulässig erklärt. In einem Erwiderungsschreiben vom 26. Nov. sei dann die sächsische Regierung dem Vorschlage des Reichsministeriums beigetreten; bei der Abrechnung aber, welche das Reichsministerium mit dem preussischen Finanzministerium gepflogen, habe sich ergeben, daß Sachsen nicht in die Kategorie derjenigen Staaten gehöre, für welche Preußen auf künftig sich ergebende Zollüberschüsse hin Vorschub leisten könne, da Sachsen in der Regel selbst Herauszahlungen zu machen habe; sodann sei die sächsische Regierung neuerdings am 6. und 22. Januar dringend um die baare Einzahlung der fraglichen Summe angegangen worden und der sächsische Bevollmächtigte habe seitdem mündlich erklärt, daß seine Regierung diese Angelegenheit nicht ohne Mitwirkung der Stände, welchen jedoch bereits die erforderliche Vorlage gemacht worden sei, erledigen könne. Dgleich dieser Grundsatze, welcher das Bestehen einer Centralregierung in Frage stelle, ebenso, wie es in der Verhandlung mit Bayern geschah, auch hier zurückgewiesen worden sei, so habe doch die sächsische Regierung ihre Verbindlichkeiten bis jetzt nicht erfüllt. — Kurhessen habe sich anfangs auch darauf berufen, daß es berechtigt sei, seine von militärischen Leistungen herrührende Forderung gegen den betreffenden Matricularbeitrag zu compensiren, habe jedoch, wie schon oben bemerkt, die Baarzahlung verfügt. — Der Bevollmächtigte für Limburg und Luxemburg habe Namens der niederländischen Regierung am 3. Febr. 1849 erklärt, daß dieselbe bereit sei, ihre durch die Bundesacte vom 8. Juni 1815 festgestellten Verbindlichkeiten gegen den deutschen Bund zu erfüllen, sie glaube sich aber zu der Erklärung berechtigt, daß wenn jetzt Schwierigkeiten sich erhöhen, diese weniger ihren Grund in dem tractatenmäßigen Stande der Sachen, als in den Beschlüssen und Entscheidungen der Nationalversammlung hätten. Die Errichtung einer deutschen Marine, wie groß auch deren Nützlichkeit für die äußere und innere Sicherheit Deutschlands sein möge, sei unbestreitbar sowohl für Limburg als für Niederland ein unvorhergesehenes Ereigniß, und aus diesem Umstande entspringe gerade für die königliche Regierung die Schwierigkeit der Ausführung. Die niederländische Regierung sei ein constitutionelles, im geregelten Gange befindliches Gouvernement. Das Budget müsse durch ein Gesetz festgestellt werden. Die Kosten für eine deutsche Marine seien bei dem Budget 1849 nicht vorausgesehen, und die Regierung könne diese außerordentliche Ausgabe, die sich noch vermehren zu wollen scheine, nicht ohne Mitwirkung und Zustimmung der Stände anweisen. Das Ministerium habe sich dagegen auf die der Centralgewalt zustehenden Befugnisse berufen, wie gegenüber Bayern, Sachsen und Oesterreich, und in Anbetracht derselben in einer Note vom 8. Februar und 8. März l. J. die niederländische Regierung ersucht, den Antheil von 41,883 fl. 12 kr. für Luxemburg und Limburg baldigst an die Reichskasse zu entrichten. Nach einer neueren, dem Reichsministerium jedoch nicht officiell gekommenen Nachricht haben die Stände von Luxemburg den Beitrag für die Flotte ganz verweigert. — Die Regierung von Liechtenstein zeigte unterm 25. Januar an, daß sie die be-

treffende Beschränkung angewiesen habe, ihren fraglichen Matrikularbeitrag hierher zu übermitteln. — Hinsichtlich der zweiten Umlage sei zu möglicher Erleichterung der Einzelstaaten vom Reichsministerium der Finanzen, im Einverständnis mit dem Marine-Departement, die Anordnung getroffen worden, daß die erste Hälfte dieser Umlage Anfangs März, die zweite Hälfte aber Anfangs Mai zu entrichten sei. Hannover, Holstein und Schaumburg-Lippe haben jedoch beide Termine bereits abgetragen; die erste Hälfte der Quote Preußens compensire sich theilweise durch Schiffsmaterial, welches das Marine-Departement von der preussischen Regierung zufolge eines bereits im December abgeschlossenen Uebereinkommens übernehme. Ferner haben ihren im März zu zahlenden Antheil die nachfolgenden Regierungen entrichtet: Großherzogthum Hessen, Nassau, Sachsen-Meiningen, Anhalt-Bernburg, Anhalt-Desau, Schwarzburg-Rudolstadt, Neuß jüngere Linie, Hessen-Homburg und die freie Stadt Frankfurt. (Bravo.) — Endlich ist anzunehmen, daß mehrere norddeutsche Staaten dem Ersuchen des Finanzministeriums, ihre Zahlungen nicht hierher, sondern nach den ihnen bezeichneten Seeplätzen, wo das Marine-Departement gegenwärtig Ausgaben zu befreiten habe, zu richten, bereits Folge gegeben haben, worüber die bestätigende Nachricht demnächst zu erwarten sei. — Was die Vorkehrungen zur Verhütung abermaliger Verzögerungen betreffe, so haben die Ministerien des Handels und der Finanzen bereits in der Conferenz vom 29. December die Bevollmächtigten der Regierung davon unterrichtet, daß die zweite Umlage für die Marine demnächst vollzogen, und zur Hälfte Anfangs März, zur andern Hälfte Anfangs Mai zahlbar gestellt werden müsse. Am 28. Januar sei diese Angelegenheit erneuert in Verhandlung genommen worden, und in der Conferenz vom 10. Februar haben sämtliche anwesende Bevollmächtigte mit Ausnahme von wenigen, welche nähere Instruktionen einholen wollten, Namens ihrer Regierungen die Zusicherung ertheilt, daß die Einzahlungen an den gedachten Terminen erfolgen werden. — Daß schon der nächste Bedarf der Flotte sowohl durch ihre nothwendige Vermehrung, als durch die laufenden Unterhaltungskosten das Ergebnis der beiden Matrikularumlagen übersteigen werde, sei der Gegenstand der ernstlichen Erwägung der Centralgewalt. Das betreffende Ministerium sei mit der Ermittlung des Mehraufwandes beschäftigt, und es werden der hohen Versammlung über die Deckungsmittel Vorlagen gemacht werden, die auf der festen Annahme beruhen, daß die Nation entschlossen sei, die Opfer zu bringen, ohne welche das große Unternehmen nicht zum Ziele geführt werden könne. Von der in der Interpellation des Marineauschusses berührten Thatsache, daß Oesterreich Angesichts der bestehenden Verhältnisse Deutschlands zu Dänemark dänische Offiziere für seine Flotte engagirt habe, sei dem Ministerium keine offizielle Kenntniß geworden. Der Herr Finanzminister schloß seinen Vortrag mit folgenden Worten: „Durch die obige ausführliche Mittheilung hat das Reichsministerium der hohen Versammlung einen Einblick in einen Theil der Schwierigkeiten gegeben, mit welchen die Centralgewalt in ihrer Wirksamkeit zu kämpfen hat. Wenn durch solche Hemmnisse das große Werk, um das es sich in dem vorliegenden Falle handelt, die Gründung einer Kriegsmarine, bis jetzt keine Störung erlitten hat, sondern mit allem Nachdruck fortgeführt worden ist, so werden doch auf die Dauer auch die angestrengteste Sorgfalt und die hingebendste Vaterlandsliebe vergebens mit den Mängeln eines Organismus ringen, in welchen die Centralregierung große nationale Aufgaben zu erfüllen, aber die dazu erforderlichen Mittel nur aus unzuverlässigen Quellen zu schöpfen hat. Könnten der provisorischen Centralgewalt diese Schwierigkeiten nicht erspart werden, so liege es doch in der Macht der Nationalversammlung, die Zukunft Deutschlands vor den Gefahren solcher Zustände zu bewahren, und durch geeignete Verfassungsbestimmungen die definitive Reichsregierung so zu stellen, daß sie in ihren Finanzquellen von dem guten Willen der Einzelregierungen unabhängig ist. Nur dann wird ihre Stellung der Gesamtheit der Nation würdig, nur dann wird sie zur Wahrung der höchsten vaterländischen Interessen befähigt, nur dann wird die deutsche Einheit eine Wahrheit sein.“ (Lebhafter Beifall und Zuruf von mehreren Seiten: Sehr wahr!)

*** Aus Oesterreich, 10. März. Briefe aus Pest melden, daß F. M. Windischgrätz sich geäußert habe, er bedürfe zur Vollendung des ungarischen Feldzugs einer Verstärkung von 50,000 Mann. — Siebenbürgen ist bis auf die Städte Kronstadt und Hermannstadt ganz in den Händen der Insurgenten. Das Land ist auf das grünlichste verwüstet, mehr als 300 Ortschaften sind verwüstet oder niedergebrannt. — Die weiteren ungünstigen Nachrichten aus Ungarn haben sich bis jetzt noch nicht bestätigt; die Börse schöpft Vertrauen.

Aus Czernowic, 3. März, wird dem „Const. Bl.“ geschrieben: Der Courier- und Stafettenwechsel war in den letzten Tagen ziemlich lebhaft. Endlich heute erhielt man sichere Kunde, daß General Bem doch die Absicht gehabt habe, den Einfall nach Galizien à tout prix zu forciren. F. M. v. Malkowski, der schon sein Hauptquartier bis auf eine Meile vor Bistritz verlegt hatte, hat aus Besorgniß für Galizien und die Bukowina eine retrograde Bewegung gemacht und den Stand der Dinge an den Commandirenden, Herrn v. Hammerstein, gemeldet, von welchem er nun den directen Befehl erhielt, die Grenzplätze stark zu besetzen und mit der Hauptmacht sowohl die Straße nach Czernowic, als auch die verdeckte Straße nach Galizien zu decken. Er verlegte demnach sein Hauptquartier und die Brigade von Generalmajor Fischer nach Ober-Wilow, 3 Meilen hinter Radau, wo die oben genannten Wege sich verbinden, die zweite Brigade commandirt Oberstlieutenant Springensfeld aus dem Hauptquartier zu Dorna, die dritte steht unter dem Befehl von unerschrockenen Obersten von Urban zu Tichuga. Somit wäre ein weiteres Vordringen in Siebenbürgen von Norden aus indessen eingestellt, weil auch in Galizien Unruhen befürchtet werden; aber die Grenze ist mehr denn je gesichert. — Gestern trafen 396 Gefangene, von denen

im ersten Bulletin nur 200 gemeldet waren, hier ein und morgen sollen sie weiter nach Galizien escortirt werden. Es sind darunter meist blutjunge Leute von 16 bis 18 Jahren, mehrere polnische Offiziere und ein weiblicher Adjutant in der Person der jungen polnischen Gräfin Dickusjicka. Die Gefangenen haben in Suczawa, wo sie in Privathäusern einquartirt werden mußten, einen verzweifelten Versuch zu ihrer Befreiung gemacht, indem sie Suczawa an sieben Orten in Brand zu stecken versuchten, wobei wirklich einige Häuser niederbrannten. Allein der Versuch mißlang und die Gefangenen aus jenen Häusern, wo das Feuer ausbrach, wurden in Ketten gelegt und werden kriegsrechtlich behandelt werden. Unter den Gefangenen versteht fast keiner die ungarische Sprache, es sind meistens Polen oder Slowaken, die zu einer Silberhebung in Galizien bestimmt waren.

Vom Kriegsschauplatz bei Peterward ein langer sehr spärliche Nachrichten ein. Die Festung hält sich noch und hatte vor einigen Tagen einen Ausfall auf die Belagerungstruppen gemacht, bei welcher Gelegenheit Hauptmann Toth vom Czarkistenbataillon von seiner eigenen Mannschaft getödtet wurde, weil er der erste die Flucht ergriff. Der Ausfall aus der Festung soll übrigens nur ein Syrmier Gardebataillon hart mitgenommen haben, welches total aufgerieben worden sein soll. Die Festung dürfte, sobald die Entsetzungsmannschaft verstärkt werden wird, in Bälde capituliren, da die Erfolge der kaiserlichen Waffen für die Garnison wenig ermutigend sind, und überdies der Proviant und Munitionsvorrath für die Dauer nicht ausreicht. Geflüchtete Soldaten, die tagtäglich zu 7 bis 12 an der Zahl in Karlowic ankommen, bringen die Nachricht, daß die gemeine Mannschaft der peterwardener Besatzung alle Offiziere bis zum Feldwebel herab gefangen und in Kerker geworfen habe, weil sie vernommen, daß das Offiziercorps bereit sei, sich den kaiserlichen Truppen zu ergeben. Bei Szeged in sollen bis 40,000 Magyaren unter Damjanic stehen. Die Serben beklagen sich wegen Mangel an Cavallerie und die kaiserlichen Truppen beilen sich überdies nicht, den „Räubern“ — welche Benennung unter dem Militär wieder beliebt geworden ist — zur Hilfe beizuspringen. — Der Patriarch hat das Centralcomite gänzlich reorganisiert und es wird nunmehr seinen Sitz im Bekehrer haben, wohin auch die Residenz des Patriarchen und des Wojwoden verlegt werden soll.

Der Belagerungszustand von Karlowic ist bekanntlich aufgehoben, dagegen ist er über die Festung Eslegg und deren nächste Umgebung verhängt. Hier ist diese Vorkehrung durch die Stimmung der Bevölkerung, die trotz der großen und relativ unbilligen Milde mit der neuen Wendung der Dinge sich keineswegs versöhnen kann, motivirt.

Nebst den Dingen in Italien und Oesterreichs unfreundlicher Stellung gegenüber von Preußen scheidet, einem Correspondenten von der Drave zufolge, im Süden das Auftreten Russlands nicht weniger beachtenswerth. Bringt man die Erklärung des russischen Generals Engelhardt, daß er in Siebenbürgen bleiben wolle, weil es der Wille seines Herrn und Kaisers ist, mit dem Grusse des russischen Consuls in Belgrad, Oberstlieutenant Danilewsky, worin er die Serben zum Kampfe aufwehet und mit einem Hurrah den Slaven schließt, sowie mit den schlechtesten Rüstungen im Fürstenthum Serbien, die als Verstärkung ins Banat einrücken sollen, in Verbindung, so dringt sich einem Unbefangenen unwillkürlich die Frage auf, ob dieser Schutz ernstlich der österreichischen Monarchie gelte. Die Geschichte ist Zeuge, wie uneigennützig der Schutz Russlands ja seit jeher gewesen. Als zweite Folgerungsfrage ergibt sich, ob ein starkes Oesterreich oder ein mächtiges serbisches Reich den russisch-orientalischen Tendenzen bessere Dienste leisten könnte? Die Fragen sind tief eingehend, nichts desto weniger vom gegenwärtigen Momente gegeben.

Aus Padua wird amtlich in der „Wiener Zeitung“ gemeldet, daß die Bewohner von Mestre in freudiger Aufregung seien, indem sich das Gerücht verbreitete, Benedig wolle sich unterwerfen. Gewiß sei, daß sich die Venetianer in zwei Parteien gespalten, in großer Bedrängniß befinden, und daß es binnen wenigen Tagen zu einer Entscheidung kommen werde. Es werden in den venetianischen Städten seit 2 Tagen vor der Hand keine Pässe nach Padua ausgestellt.

† Wien, 10. März. Großes Aufsehen erregt ein im gestrigen Abendblatt des „Lloyd“ erscheinender Artikel über die ungarische Banknotenfrage, den man als eine Kriegserklärung des Ministeriums gegen den Feldmarschall Windischgrätz betrachten kann. Letzterer anerkennt die ungarischen Banknoten für Ungarn, ersteres erklärt sie werthlos für Oesterreich. Da man aber in Ungarn alle Landesprodukte mit ungarischen Banknoten kaufen kann, so erklärt das ministerielle Organ die Verfügung des Feldmarschalls als widersprechend mit den ministeriellen Maßnahmen und fragt, der Antwort seiner Leser gewiß, ob es denn zwei Regierungen im Lande gebe? — Noch entschiedener für Unterordnung der Militärgewalt unter die allein gültige Autorität erklärt sich heute die „Presse“. Wie groß auch die Uebel sind, welche Handel und Industrie durch Ungültigkeitserklärung der ungarischen Banknoten erleiden, so erscheint es doch noch ärger, wenn dem Feinde selbst die Mittel an die Hand gegeben werden, den Krieg zu verlängern, der unseligen Folgen eines Zwiespalts zwischen der Civil- und Militärautorität zu geschweigen. — Schuselka ist gestern hier angelangt. Bioland und Rudlich ließen ihr Gepäck auf den Bahnhof von Hullein bringen und schlugen zu Fuß den entgegengesetzten Weg ein. — Bei dem neuen Preßgesetz sollen die Cautionen für täglich erscheinende politische Journale 10,000 fl. für Wien und 5000 fl. für die Provinzen betragen. Für Preßvergehen soll schwere Kerkerstrafe bis auf 10 Jahre verbüßt werden können. — Vorgestern wurde hier Graf Ludwig Desffy wegen aufreizender Reden in einem Kaffeehause verhaftet. — Der große Mathematiker v. Ettingshausen, bisher Professor an der hiesigen Universität, ist zum Professor der höheren Mathematik an der k. k. Ingenieurakademie ernannt worden. — Bei den 35 Bataillonen, durch deren

Aufstellung in den deutsch-slavischen Verbirzken die k. k. Infanterie eine ansehnliche Verstärkung erhält, schreitet die Bildung der Cadres rasch vorwärts. Zu Commandanten derselben sollen theils die rangsältesten Hauptleute der verschiedenen Regimenter, theils jene Hauptleute ernannt werden, die sich schon längere Zeit zur vorzugswürdigen Beförderung in der Vormerzung befinden.

Ein Wiener Berichterstatter des „Constitutionellen Blattes aus Böhmen“ entwirft ein treues Bild von der Stimmung in der Hauptstadt Oesterreichs. Mögen die ministeriellen Blätter, schreibt derselbe, von dem Glanze der Beleuchtung, von dem allgemeinen Jubel der Bevölkerung über die Auflösung des Reichstages sprechen wie sie wollen, mögen die kleineren Blätter ihr sociales Hallelujah anstimmen, ich schreibe Ihnen als gewissenhafter Berichterstatter und als Mann von Ehre, daß hier eine namenlose Erbitterung herrscht, die von Stunde zu Stunde steigt, je weniger sie die Macht hat, sich zu äußern. Von Kremlern trafen seit gestern Reisende ein, welche die Einzelheiten der Auflösung, die Gefangennehmung Prato's und Fischhofs erzählen. Die gegebenen Details, welche von allen in gleicher Weise erzählt werden, das Furchtbare der Ueberwachung, das Räubende des Abschieds, alles das macht ungeheuren Eindruck und läßt uns, wenn auch nicht für die Ruhe des Augenblicks, doch für die Zukunft Schweres und Bitteres fürchten. Fischhof und Prato sind im Criminalgebäude einlogirt. Die Theilnahme an dem Schicksal dieser beiden Männer ist allgemein. Prato ist in Wien weniger bekannt, er trat spät in die Reihen der Volkstretter ein, und sprach selten in der Kammer. Fischhof dagegen, der im März das erste kühne Wort der Freiheit sprach, der als Präsident des Sicherheitsausschusses die Stadt dreimal in einem Tage vor Raub und Mord bewahrte, der im Parlamente immer den Weg des Besonnenen ging, und dessen Charakter rein und unbefleckt dasteht, hat Tausende Herzen für sich, und Alles sieht beklommen dem Resultate seiner Verhaftung entgegen. Er wurde durch einen Verhaftsbefehl des Criminalgerichts festgenommen. Rechnen Sie zu dem allen noch die Anfrage des Baron Stürmer bei der Pforte wegen ihres Verhaltens bei einer Erhebung der Südslaven, rechnen Sie dazu die Stimmung wegen der russischen Allianz, die in der „Petersburger Jtg.“ offen ausgesprochen ist, die Stimmung wegen der Art der Auflösung des Reichstages und die Erbitterung der böhmischen Deputirten und die Worte Riegers: „Wir wählen und geben nach Frankfurt,“ dann müssen wir leider eingestehen, daß wir an der Schwelle gewaltiger Ereignisse stehen, daß jede Kraft einer Gegenkraft unterliegen kann, daß eine halbe Million Soldaten nicht für die Ewigkeit zu reichen, daß wir eine große Krisis in Oesterreich befürchten müssen, und daß der Ruf nach Versöhnung, den wir gestern in diesen Blättern ertönen ließen, bald Gehör finde, damit Friede und Einigung nicht unmöglich werde in Oesterreich.

— Auch ein anderer Correspondent desselben Blattes schreibt: Fischhof erregt allgemein lebhaften Antheil, da er als ein durchweg ehrenhafter Charakter gilt. Aus den Zeiten des Sicherheitsausschusses ist er in den weitesten Kreisen bekannt und beliebt. Ein hartes Urtheil gegen ihn würde viel Mißstimmung erregen. An der Vorbereitung der Deputirtenereignisse kann er keinen Antheil haben, da er erst am 5. October Abends von einer Reise in Familienangelegenheiten aus Galizien zurückkam. Dagegen wird diese Anklage gegen Bioland und Jüster erhoben. Rudlich's Rundreise ist bekannt. Ueber andere Besorgnisse, die sich indessen zeitig gerettet, schreibt derselbe Berichterstatter: Sierakowski, ehemaliger polnischer Offizier vom Jahr 1830 soll ein oder einigemale bei der Vertheidigung Wiens gegen die k. k. Truppen kleine Corps angeführt haben. Von Scherzer heißt es, er habe hauptsächlich auf die Ernennung Messenhausers zum Commandanten der Nationalgarde hingewirkt; dies kann unmöglich einen ernsthaften Anlagepunkt abgeben. Doch wird gerade von den beiden letzteren behauptet, das Criminalgericht habe bereits den Qualificationsbeschuß gefaßt. Einige behaupten, Goldmark sei entflohen, andere, er sei an der Grenze auf der Flucht gefangen genommen worden. (Er ist in Breslau angekommen, wie die dortige Zeitung meldet.) Löbner und Borrosch, von denen die schönsten Lager- und Stadtmährchen über ihre Rolle beim Aufstand vom 6. Oct. und beim Tod Latours erzählt wurden, sind nicht verhaftet, also auch nicht angeklagt. Ersterer ist aber trotzdem nach Frankfurt abgereist. Man vermuthet, daß einige der Verhafteten bald entlassen werden würden, indem die gegen sie erhobenen Beschuldigungen nur auf den Aussagen Einzelner beruhen dürften, die, in der Meinung durch Anklage allbekannter Oppositionsmänner und Radicaler Schuld und Strafe von sich abwälzen zu können, gegen alle Welt Anzeigen machten, die sich dann, wie es bisher schon mehrmals geschahen, grundlos und unhaltbar erwiesen.

OO Dresden, 12. März. Seit den letzten Tagen hat man Manches ausgeboten, unser königliches Haus in Unruhe zu versetzen. Dahin gehört das Gerücht von einer Sturmpetition, welche heute überreicht werden sollte. Man erzählte sich, daß der König zu Gunsten des Prinzen Albert, eines Sohnes des Prinzen Johann, abdanken wolle; daß das Schloß mit Gittern, Riegeln und Thüren versehen würde; daß man im Schlosse schon einpacte — und sich auf eine Belagerung des Schloßes gefaßt mache! Daß diese „Angsterregung“ Thatsache sei, beweist eine so eben öffentlich abgedruckte und zur Unterschrift ausgelegte Adresse an den König, in welcher unter Anderem gesagt wird: „Der Thron ist in Gefahr! — Die Begriffe von Pflicht und Recht, die geheiligten Lehren und Wahrheiten der Religion werden geflissentlich verworren und in Zweifel gestellt; die Treue Allerhöchster Ihres Heeres wird durch alle möglichen Mittel erschüttert und untergraben. Wir können zu einer besseren Zukunft nur in der Hoffnung Vertrauen fassen: Daß die Männer, welche Ew. Majestät in neuester Zeit zu Ihren Rathgebern beriefen, die Unverletzlichkeit der Krone und die Rechte Ihres königl. Hauses, eben so wie den

guten Namen und die Rechte des Volkes, schützen und aufrecht erhalten; die Macht der Regierung wahren und ausüben, dem Recht und dem Gesetz, durch unverbrüchliche Beachtung desselben, aufs Neue Geltung und Ansehen verschaffen, und alle, da nöthig, selbst die äußersten Mittel ergreifen werden, um das sonst so glückliche Sachsen vor der unumschränkten Alleinherrschaft einer Partei zu bewahren, welche Ehre, Wohlfahrt und Selbstständigkeit des Vaterlandes ihren einseitigen und selbstsüchtigen Zwecken zu opfern, kein Bedenken trägt! Von anderer Seite her werden diese Adresse und die obenerwähnten Gerüchte als Kunstgriff einer Reactionspartei bezeichnet. Darüber kann kein Zweifel obwalten, daß wir durch unsre Kammern in eine recht peinliche Lage gerückt sind, aus der wir vorläufig noch nicht recht einsehen, wie herauskommen.

† Hannover, 12. März. Die dreitägige Vertagung der zweiten Kammer ist vorüber, aber noch sind wir in der Ministerkrise auf dem alten Standpunkt. Es ist unbegreiflich, daß das Ministerium (abgegangen und nicht abgegangen), in der Weise handeln kann, wie es handelt. Wahrlich, die frühere Popularität Stäve's hat einen gewaltigen Stoß erlitten, einen Stoß, der ihr so ziemlich jede Aussicht auf dereinstige Verjüngung genommen hat. — Als heute gegen 1 Uhr Mittags die Sitzung der zweiten Kammer eröffnet wurde, war wieder kein Minister erschienen, kein Regierungskommissar anwesend. Man befand sich von Neuem in die traurige Lage versetzt, keine Gesetzesvorlagen machen zu können. Elissen erhob sich, und stellt den Antrag: Die Kammer verlanget nach § 52 des Landesverfassungsgesetzes, daß die Minister erscheinen. Sie werden sich erinnern, daß derselbe Antrag schon neulich von Freundtheil gestellt, damals aber verworfen wurde. Elissen hielt eine feurige, höchst gelungene Rede. Er wiederholt, daß man nicht länger untätig sein könne, das sei bereits dem ganzen Lande ein Odium. Die Regierung möge endlich offen zu Werke gehen, und durch Vornahme von neuen Wahlen an das Volk appelliren. Dann kommt der Redner auf die Ereignisse zu Kremsier, und die jüngsthin von dem hannoverschen Bevollmächtigten v. Bothmer zu Frankfurt überreichte Erklärung. Diese habe das Ministerium zu den „laufenden Geschäften“ gerechnet, während es die an die Kammern gebrachten Vorlagen nicht darunter begriffen wissen wolle. Als Elissen schloß erscholl, lautes Bravo von der Galerie. Der Präsident warnt. Lang II, Freundtheil u. unterstützen Elissen's Antrag auf das Entschiedenste. Bueren spricht sich sehr energisch aus. Er verlangt, daß täglich von der Kammer die Interpellation gestellt werde: warum sind die Grundrechte noch nicht veröffentlicht, und warum sind keine Minister anwesend? Schließlich sagt er: wir sind hier bereits seit 6 Wochen gesessen und haben nichts Dringliches beschaffen können. Als „dumme Jungen“ können wir uns nicht mehr behandeln lassen. (Bravo von der Galerie, der Präsident warnt ernstlich.) Abg. Elissen hatte beantragt, daß sein Antrag sofort in Berathung gezogen werde. Dafür Freundtheil, Hantelmann, Lang II. u. Windhorst wünscht, daß er morgen discutirt werde. Endlich kommt man dahin überein, die Sitzung auf eine Stunde aufzuheben, und dann Elissen's Antrag in weitere Erörterung zu ziehen. Das geschieht, und wird derselbe nach wiedereröffneter Sitzung, indem nur eine kurze Debatte stattfindet, und Freundtheil einen Antrag auf namentliche Abstimmung zurückgezogen hat, einstimmig angenommen. Freundtheil stellt die Interpellation: warum sind die Grundrechte noch nicht veröffentlicht, so wie ferner: wie sieht das Ministerium zu der Antwort des Königs, welche dieser nach der „Hannov. Ztg.“ dem Advocaten Grotefend gegeben hat? (Es sind das die Worte, welche der König am Tage der verunglückten Demonstration, 4. März, gesprochen haben soll.) Dann motivirte Elissen noch seinen Antrag: der württembergischen Volkskammer für ihre Zuschrift Dank und Sympathie auszusprechen, welche nach kurzer Verhandlung gegen zwei Stimmen (Schäfer und Windhorst) angenommen wird. Darauf trennte sich die Kammer. — In erster Kammer werden heute Abend 8 Uhr wahrscheinlich lebhaftere Verhandlungen darüber: ob auch sie das Erscheinen der Minister nach § 52 des Landesverfassungsgesetzes verlangen will, stattfinden. — Man glaubt allgemein, daß die zweite Kammer morgen auf längere Zeit werde vertagt werden. — Heute fand hier im Haase'schen Saale unter Leitung des Stadtdirector Evers die Wahl eines Abgeordneten und eines Ersatzmannes zur Frankfurter Reichsversammlung statt. Zum Abgeordneten wurde mit 49 von 70 Stimmen gewählt Regierungsrath Hoppenstedt von hier, zum Ersatzmann Kaufmann Brakebusch hier selbst mit 56 von 71 Stimmen. Die übrigen Stimmen fielen auf den Lehrer Callin, Dr. Gerding von Celle, Justizrath Uebelohde in Aurich u. Gleich die erste Abstimmung, welche durch Stimmzettel erfolgte, entschied. Es ist der zweite hannoversche Wahlbezirk, welcher diese Wahl vorgenommen hat.

Frankreich.

Paris, 10. März. Dem Minister der äußeren Angelegenheiten hat Herr v. Thorn, bevollmächtigter österreichischer Minister, vor mehreren Tagen drei Noten seiner Regierung überreicht; in der ersten rechtfertigt dieselbe den Einfall der österreichischen Truppen in Ferrara; in der zweiten wahrt sie Oesterreichs Rechte auf Toscana, kraft der Verträge von 1735 und 1815, und in der dritten erklärt sie als Recht und Pflicht der Großmächte, den Papst in seine weltliche Souveränität wieder einzusetzen, meint jedoch, es wäre unter den obwaltenden Umständen angemessener, wenn dieselben die Ausführung der Intervention den katholischen Mächten zweiten Ranges: Spanien, Portugal und Neapel überließen und die Truppen der letzteren Macht die unter General Zucchi stehenden päpstlichen Truppen unterstützten. Da diese drei Noten zu gleicher Zeit mit der Note des Cardinals Antonelli hier anlangten, in welchem Pius IX. das bewaffnete Einschreiten von Oesterreich, Frankreich, Spanien und Neapel in Anspruch nimmt, so muß die französische Regie-

rung wohl ohne weiteren Verzug aus ihrer Unthätigkeit oder Neutralität herausgehen und einen bestimmten Entschluß fassen; man zweifelt daher in gut unterrichteten Kreisen nicht, daß sie sich für den Vorschlag Oesterreichs entscheiden werde, der ihr ein directes Einschreiten erspart und ihr dennoch einen mittelbaren Antheil an der Herstellung der weltlichen Souveränität des Papstes gewährt. (N. Z.) * Paris, 12. März. Im Ministerium des Auswärtigen ist heute Vormittag eine Depesche aus London eingelaufen, in welcher Lord Palmerston erklärt: daß England zu Gunsten des Papstes nicht interveniren werde, weil sich derselbe nicht direct an das englische Cabinet um Hilfe gewandt habe. Von Seiten der hiesigen Regierung ist, wie man wissen wollte, dem Geschwader in Toulon der Befehl zugekommen, die Molieres'sche Brigade nach Italien abreisen zu lassen.

General Fabvier ist mit Depeschen nach Dänemark abgereist. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung kam ein von Herrn Passy eingebrachter Antrag, dem Präsidenten der Republik außer seinem verfassungsmäßigen Jahresgehalt von 600,000 Fr. dieselbe Summe für Wohnungs- und Repräsentationskosten zu bewilligen, zur Berathung. Nach einer ziemlich stürmischen Debatte wurde dieser Antrag mit 418 gegen 341 Stimmen zum Beschluß erhoben. Der Antrag Bastide's, die Minister von der Wählbarkeit auszuschließen ist der betreffenden Commission zur Berichterstattung überwiesen worden.

Einer der angefeindeten Führer der Legitimisten ist gestern Abend verhaftet worden. Die Gründe, welche die Regierung zu diesem Schritte bewegen, sind noch nicht näher bekannt. Wahrscheinlich ist die Theilnahme des Verhafteten an einer politischen Verschwörung die Ursache.

Hindostan.

(Schluß.) Die Macht der Engländer in Indien beruht auf der Meinung des Volkes in Hindostan. In dem ganzen ungeheuern Reiche, das nun reichlich 120,000,000 Seelen zählt, leben keine zweimal hunderttausend Europäer. Und doch gehorcht Indien, weil es an den Siegessternen der Briten glaubt, die immer und immer wieder gewonnen, und Indien durch Indien selbst bezwungen und sich unterworfen. Es ist klar, daß die Macht der englisch-ostindischen Compagnie, welche nicht 30,000 Mann europäische Truppen in jenem Lande hält, lediglich von der Meinung abhängt. Man hält die Engländer für unbesiegbar, und dieser Glaube muß um jeden Preis erhalten werden, wenn das gewaltige Gebäude nicht in Trümmer zerfallen soll. Sie müssen allemal Sieger bleiben, sie dürfen keine Schlacht verlieren, denn sie wissen recht gut, daß das ganze Gewimmel der mediatisirten indischen Fürsten die Ketten nur unwillig trägt, daß die Ränke in langer Reihe sich immer fortspinnen, und daß den verschiedenen Höfen der große Czar im Norden als als Reiter und Befreier in Aussicht gestellt worden ist. Der Talisman der englischen Macht muß seinen Zauber behalten, sonst ist er gebrochen. Es bleibt den Briten nun nichts anderes übrig, als auch das Pendschab, dieses ohnehin völlig zerrüttete Königreich Lahore, gänzlich zu unterwerfen. Man scheint in London von dieser Nothwendigkeit durchdrungen zu sein. Wir ersahen aus den letzten Parlamentsverhandlungen, daß Lord John Russell dem Unterhause anfündigte, daß Sir Charles Napier den Oberbefehl der Truppen in Indien übernehmen werde. Der Herzog v. Wellington und die Presse hatten darauf gedrungen, und es scheint, daß die Regierung mit den Directoren der indischen Compagnie nicht eben viele Umstände gemacht hat. Diese Herren, ohne Zweifel sehr wadere Kaufleute, hatten eingesehen, daß ein hochbetagter Greis, wie Lord Gough, der seine in Afghanistan erworbenen Lorbeeren am Dschelum verbleichen ließ, nicht länger an der Spitze des Heeres bleiben dürfe, und sie wollten ihm einen Sir W. Gomm, jetzt Statthalter der Insel Mauritius, zum Nachfolger geben. Aber das Cabinet begriff, daß jetzt in Indien Alles auf dem Spiele steht, und so drang es den Directoren die Ernennung Napier's ab, der als Trogkopp (wie alle Napiers) und unumwundener, rasch durchgreifender Charakter den bedächtigen Kaufleuten nicht eben genehm scheint. Aber die Lage erfordert gerade einen solchen Mann, dessen bloßer Name, wie ein Londoner Blatt meint, gut und gern zehn Regimenter aufwiegt. Er hat die wilden Emire von Singh gebändigt und das Land an den Mündungen des Indus bezwungen; er wird auch die Sikhs zu Paaren treiben, und die nun unvermeidlich gewordene Einverleibung des Pendschab durchsetzen. Truppenverstärkungen nach Indien sind unterwegs, die Armee am Dschelum gehört zu den besten in der Welt, durch die Einnahme von Multan, das nun auch den Engländern gehorcht, sind noch mehr Streitkräfte verfügbar geworden, und wenn ein erprobter Mann wie Napier solche Streitkräfte anführt, so ist am Siege der Engländer nicht zu zweifeln, wenn auch die Afghanen, welche Atok am Indus eingenommen haben, mit ihren alten Erbfeinden, den Sikhs, gemeinschaftliche Sache machen. Wir lesen eben den amtlichen Schlachtbericht des Lord Gough, datirt: Lager bei Wukoo vom 22. Januar, noch einmal durch. Selbst ein Laie, wie wir, erstieht aus demselben, daß jene r General sich schwerer Unterlassungssünden schuldig machte. „Rißverständnisse“ aller Art kamen vor; man sieht nicht ein, weshalb er die Schlacht gerade bei Tschillianwallah annahm, wo sein Gegner alle Vortheile einer gedeckten Stellung hatte; er läßt sich nach einander Fußvolk, Reiterei und Geschütz in Verwirrung bringen und zuletzt muß dann das Bajonnet der europäischen Regimenter das Beste thun. Aber der Verlust beträgt zwischen zwei und dreitausend Mann und doch ist der Feind nicht eigentlich aufs Haupt geschlagen. Es war gar keine regelmäßige Schlacht nach einem überlegten Plan; englische Blätter vergleichen sie mit dem Handgemenge zweier Parteien auf einem irländischen Jahrmarkte. Gough fand seinen Feind in einer trefflichen Stellung; er wirft ihm ein Regiment nach dem andern entgegen, obgleich seine Truppen durch lange Marsche sehr angegriffen sind. Er läßt sogar ins Blaue hineinfeuern, weiß nicht einmal, wo die Kanonen der Sikhs stehen,

weil diese durch dichtes Gebüsch völlig maskirt sind. Erst als er den Pulverdampf aufsteigen sieht, weiß er, wo sie ihre Kanonen aufgezogen haben. Er läßt die Sikhs angreifen, „wo er sie sieht“; aber an einer einheitlichen Oberleitung mangelte es völlig. Die Sikhs fochten wie die Löwen und bedienten ihr Geschütz ganz bewunderungswürdig. Lord Napier wird sich beeilen müssen, wenn er diese Schlappe, denn das ist ein solcher Sieg, wieder gut machen will. Höchstens bis Ende April und Anfangs Mai sind in jenem Klima ausgedehnte Kriegsoperationen möglich. Aber die Engländer hoffen auf ihn, sie wissen, daß in diesem Trogkopp der Geist der Clive und Wellesley lebt. (D. N. Z.)

Nachricht.

Frankfurt, 14. März. Der Verfassungsausschuß hat seinen Bericht dahin abgestattet, daß er vorschlägt, die Verfassung mit den in Berücksichtigung der Wünsche der Regierungen getroffenen Aenderungen, und das Wahlgesetz mit einer einzigen Abänderung, nämlich mit der Annahme der öffentlichen Abstimmung, in einer Abstimmung anzunehmen. Es gehen unter den Abgeordneten Listen herum zur Unterzeichnung eines hiermit übereinstimmenden Programms, welches zahlreiche Unterschriften findet.

München, 13. März. Wir vernahmen so eben, daß Bayern sein 3., 4., 13. und 15. Infanterieregiment, ein Regiment der Chevaulegers und die Batterie mobil macht, um diese Truppenmasse dem nach Schleswig-Holstein bestimmten deutschen Reichsheer anzuschließen. — Ministerialrath Dr. Hermann befindet sich in diesem Augenblick auf seiner Durchreise von Ulm nach Frankfurt in unserer Stadt, wird dieselbe indes morgen schon wieder verlassen.

Die gemeinsame Regierung der Herzogthümer veröffentlicht im „Altonaer Mercur“ ein vom 11. März datirtes Rescript an die schleswig-holsteinische Regierung auf Götting, in welchem sie sich gegen die Versuche, eine Auflösung des zwischen dem schleswig-holsteinischen Volke und dem Herzoge bestehenden Bandes herbeizuführen, ausspricht, zur Anzeige bringt, daß gegen den Advocaten Baubitz wegen eines mit seiner Unterschrift in der „Schlesw. Holst. Zeit.“ erschienenen Aufrufes zu dem vorerwähnten Zwecke eine Criminaluntersuchung eingeleitet ist und zugleich der schleswig-holst. Regierung aufgibt, eine Warnung gegen eine zu jenem Zwecke abzuhaltende Volksversammlung ergehen zu lassen.

Hamburg, 12. März. General Drholm ist gleichzeitig mit Fabvier hier durchpassirt und mit dem Dampfboot „Malmö“ von Lübeck nach Kopenhagen gegangen. Von Palmerston ist derselbe nichts weniger als gut empfangen worden. — Der bisherige dänische, jetzt österreichische Contre-admiral Dahlerup ist vorgestern hier durchgereist. — Am 18. d. M. sollen sämtliche bis dahin im Herzogthum Schleswig versammelte Truppen (Schleswig-Holsteiner, Badenser, Hessen-Darmstädter, Württemberger und Altenburger) ein Feldmanöver bei Bau abhalten. Die Altenburger werden schon heute in Altona erwartet. Ohne die Reichstruppen ist das jetzt in Schleswig-Holstein stehende Heer 21,000 Mann stark.

Börsenberichte.

Frankfurt, 14. März. Von österreichischen Fonds bleiben heute 5pCt. Metall. 74³/₈ pCt., 2¹/₂ pCt. do 39⁷/₈ pCt., Wienerbankactien 1185 fl., 500 fl. Loose 124³/₈ pCt., 250 fl. Loose 79¹/₈ pCt. Von den übrigen Anlehensloosen stellen sich Kurh. 40 Rthlr. Loose 27¹/₈ Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 27¹/₂ fl., do 50 fl. Loose 48 fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22¹/₈ fl., do 50 fl. Loose 69⁷/₈ fl., Nassauer 25 fl. Loose 20¹/₂ fl., Sardinische Loose 29¹/₈ fr., Poln. 500 fl. Loose 74¹/₈ Rthlr. Sündentische und belgische Obligationen gut preishaltend. Holländische 2¹/₂ pCt. Integralen 49¹/₈ pCt. Von Eisenbahnen drückte sich Friedrich-Wilhelms-Nordbahn abermals durch darin fortgesetzte Verkäufe um 1/2 Rthlr. im Cours, und schließt 34³/₈ Rthlr., Köln-Minden bleibt auch in kauer Stimmung und, wie zu Berlin am 9. d. M., wurde benannte Bahn an heutiger Börse 1¹/₂ Rthlr. wohlfeiler als gestern abgegeben. 3pCt. inländ. Span. behaupteten sich beinahe ganz auf ihrem gestrigen Standpunkt, 22⁷/₈ à 23 pCt. Im Wechselgeschäfte herrschte heute eine außergewöhnliche Stille, sämtliche Devisen waren eher zu haben, wie zu lassen.

Wien, 10. März. 5pCt. Metall. 84⁷/₈ — 4pCt. 67. — 3pCt. — — 2¹/₂ pCt. 44. — Bankactien 1120. — 500 fl. Loose 142¹/₂. — 250 fl. Loose 90. — Nordbahnactien 98³/₈. — Gloggnitzer 95. — Mailänder 64.

Die Course der Fonds und Actien zeigten sich sehr fest bei ziemlichem Umsatz. Devisen, besonders London und Hamburg höher.

Amsterdam, 12. März., 4 Uhr. 2¹/₂ pCt. Integr. 49³/₈ 9/16¹/₂. — 3pCt. Schuld 58³/₈ 1/2. — 4pCt 78¹/₂, 77¹/₈, 78¹/₈. — Handelsmaatschappij 142¹/₂. — 5pCt. Arb. 11¹/₁₆, do. à 510 Pf. Et. 11¹/₈. — 3pCt. 32¹/₁₆ 1/8. — do. inländ. à 6000 fl. 23¹/₁₆. — 3pCt. Portug. 28. — 4pCt. do. 28¹/₁₆, 29. — Russ. 4pCt. bei Hope 82¹/₂. — do. bei Stieglitz 82¹/₂. — 5pCt. Metall. 72³/₈, 73. — 2¹/₂ pCt. do. 38³/₈ 7/8.

Das anhaltende Steigen der Fonds zu Paris gab heute aufs Neue Anleitung zu Ankäufen in unseren inländischen Fonds, und sämtliche Sorten blieben in einer willigen Stimmung. In Integr. und 4pCt. war das Geschäft sehr lebendig. In Span. war wenig Handel noch Variation, Port. waren wiederum mehr gesucht. Franz. setzten ihre steigende Bewegung fort, und in benannten Fonds, so wie in Oesterr. und Peru war der Handel sehr animirt.

Paris, 12. März. Stand der Rente: 5pCt. 87. 15. — 3pCt. 55. 40. — Neue 87. 50. — Neapol. 80. 50. — Neue 3pCt. Span. 30¹/₂. — Bankactien 2390. — Verfallenes, rechtes Ufer 260. — Linkes Ufer 220. — Paris-Orleans 867. 50. — Paris-Rouen 550. — Orleans-Bordeaux 415. — Orleans-Berzon 376. 25. — Rouen Havre 312. 50. — Marseille-Avignon 250. — Strasbourg-Basel 116. 25. — Nordbahn 467. 50. — Paris-Strasbourg 316. 25. — Römische Anlehen 69¹/₂, 70.

In Folge von Gewinnrealisationen gingen die Course zu Anfang der Börse bedeutend zurück. Sie erhoben sich jedoch zum Schluß wieder.

Hätte der Herr Reichstagsabgeordnete F. Römer (Extra-Beilage zu Nr. 61 der Oberpostamt-Zeitung vom 12. d. M.) als Minister in Stuttgart gesagt: 4000 Württemberger müssen mit einer noch größeren Anzahl Badener zusammen Deutschlands Süd-West-Grenze — und damit zugleich Württemberg, Bayern und ganz Deutschland gegen Wiederholung revolutionärer Einfälle vom Auslande hüten (bei denen sich bekanntlich Württemberger wie andere Deutsche thätig betheiligten hatten), so hätte er richtig gesprochen, denn dies ist die wahre „Thatsache“ und kein Verkündiger wird im Zweifel darüber sein, daß wenn Württemberg läge wo Baden liegt, zum Mindesten eben so viele badische oder andere Reichstruppen in Württemberg stehen müßten, um es zu hüten. Aber so gestellt wie sie Herr Römer ausgedrückt und noch selbstgefällig wiederholt hat, klingt die Phrase wie eitel Nennomage, und die sollten wir Deutsche ganz und gar bei uns abstellen.

Der große Schiller würde uns und den Reichstagsabgeordneten zugerufen haben: „Seid einig, einig, einig!“ Aber freilich, der große Schiller lebt nicht mehr, sondern ganz andere Leute.

Ein Badener, der die Verächtigung der „Thatsachen“ liebt.

Benachrichtigungen.

[626] Meine geehrten Bekannten und Geschäftsfreunde verzeihe ich nicht zu benachrichtigen, daß ich mich durch allzu häufige Namensverwechslungen veranlaßt gesehen habe, nach dazu erhaltener obrigkeitlicher Genehmigung, meinen Namen Lazarus Oppenheim in Ludwig Oplin zu ändern und denselben auch von heute an für mein seither unter der Firma Abraham Isaac Oppenheim bestandenes Geschäft in Mercerie-Waaren anzunehmen.

Frankfurt a. M., den 5. März 1849.

Ludwig Oplin.

[702] Bürger - Verein.

Eingetretener Hindernisse wegen wird die Versammlung des Bürger - Vereins im Saale des Wolfesack für heute, Donnerstag den 15. März, ausgesetzt.

[640] Neuer Verlag der S. Schmerber'schen Buchhandlung (Nachfolger S. Keller) in Frankfurt am Main.

Die Bildnisse der Mitglieder der Synodal - Versammlung zu Würzburg

im October und November 1848.

Nach den Lichtbildern von Steinberger und Bauer; auf Stein gezeichnet von Schertle, Hickmann u. A. in Lieferungen zu zwei Blatt.

Subscriptions-Preis der Lieferung: weiß Papier 13 Sgr. oder 45 fr. — Chines. Papier 18 Sgr. oder 1 fl. — Preis für einzelne Blätter: weiß Papier 9 Sgr. oder 30 fr. — Chines. Papier 12 1/2 Sgr. oder 42 fr.

Das erste Heft enthält die Bildnisse von

Cardinal und Erzbischof von Salzburg und Erzbischof von Köln.

Die folgenden Hefte enthalten:

Erzbischof von Bamberg,	Bischof von Speier,	Bischof von Münster,	Bischof von Limburg,
" " Freiburg,	" " Regensburg,	" " Dresden,	" " Passau,
" " München-Freying.	" " Eichstätt,	" " Rottenburg,	" " Augsburg,
Bischof von Osnabrück,	" " Culm,	" " Silbeseheim,	" " Fulda.
" " Würzburg,	" " Trier,	" " Paderborn,	Welchbischof von Ermeland.

[700] Hauptziehung 6r Klasse 115. Frankfurter Stadt-Lotterie,

vom 31. März bis 23. April a. c. Haupttreffer fl. 211,000, 2 mal 100,000, 50,000 u. s. f. Ganze Loose zu fl. 90, 1/2 zu fl. 45, 1/3 zu fl. 30, 1/4 zu fl. 22. 30, 1/8 zu fl. 11. 15 empfehlen

Gebrüder Stiebel, Hauptcollecteurs zu Frankfurt a. M.

[570] Spanische und deutsche Prunellen, Pfisol und Palermo Pflaumen, getrocknete saure und süße Kirschchen, Mirabellen, Zweifchen, mehrere Sorten Capern, Oliven, Nürnberger Essigcurken, rother und weißer Burgunder-Essig, Tafel-Olivendöl, Pariser und Düsseldorfser Senf, getrocknete Champignons, Morcheln und Trüffel, neue Tafel-Feigen, Datteln, Citronen, Drangen, Malaga- und Sultanini-Rosinen, römische Haselnüsse, Schalen- und andere Mandeln, Parmesan- und Schweizerkäse, Göttinger Würste, westphälischer Schinken, holl. und Genuefer Sardellen, holländ. und marintrie Häringe, Wäkinge, Lap-Perdan und Stockfische billigt en gros et en detail bei

A. Henninger,

Markt, in den drei Hörnern, 40 neu.

[484] Riffinger Mineralwasser.

Bei herannahender Frühlingszeit, welche sich zu Brunnenkuren besonders eignet, erlauben wir uns, sowohl die Herren Aerzte, als Patienten auf die Wichtigkeit der hiesigen Heilquellen, besonders des weltberühmten Ratoocy aufmerksam zu machen.

Die Wunderkräfte des Ratoocy in verschiedenen Krankheiten sind bekannt, und es ist durch die Erfahrungen der vorzüglichsten Aerzte dargethan, daß durch den Gebrauch des Ratoocy seither nicht selten die hartnäckigsten Krankheiten mit dem glänzendsten Erfolge auch dann noch geheilt wurden, wenn bei denselben Patienten andere Heilmittel vorher vergeblich angewandt worden waren.

Die frischen diesjährigen Füllungen des Ratoocy und der übrigen Riffinger Mineralwässer, sowie deren Versandt haben bereits begonnen, und können daher von heute an Aufträge bestens ausgeführt werden. Bad Rissingen, 21. Februar 1849.

Gebrüder Bolzano.

Ludwigsbrunnen Mineralwasser.

Wir bringen hiermit zur allgemeinen Anzeige, daß die Füllungen an unserer Mineralquelle bereits ihren Anfang genommen haben, und ersuchen unsere resp. Herren Abnehmer, uns baldigst die uns zugeordneten Bestellungen aufzugeben, um allenfallsigen Verzögerungen bei deren Ausführung vorzubeugen.

Bei den Füllungen etc. wird alle Sorgfalt verwendet, um die Herren Abnehmer in jeder Hinsicht zufrieden zu stellen; es bestehen wie früher die Erkennungszeichen der Richtigkeit in dem bekannten Krugstempel, dem Brandzeichen der Stopfen und dem Siegel der Verpackung.

Bitte besuche man „An die Verwaltung des Ludwigsbrunnen bei Frankfurt a. M.“ zu adressiren. Ludwigsbrunnen, im März 1849.

[628] Die Verwaltung.

Frankfurt - Mainz - Binger Localfahrt.

Täglicher Dienst pr. Dampfboote Delphin I und II. Vom 8. März anfangend:

[600]	Von Frankfurt nach Mainz	Morgens 7 Uhr.
"	" Frankfurt nach Mainz und Bingen	Mittags 2 1/2 "
"	" Mainz nach Bingen	Abends 5 "
"	" Biebrich nach Bingen	" 5 1/4 "

Zu Berg.

"	Von Bingen nach Mainz und Frankfurt	Morgens 5 1/4 Uhr.
"	" Mainz nach Frankfurt	Mittags 9 "
"	" " " "	Mittags 3 "

* Zum Anschluß an die nach Köln etc. Holland abgehenden Rheinischen Dampfboote, wozu dir ec Billette sowohl bei uns als auch bei G. B. Weill auf der Zeil ausgegeben werden.

Täglich zweimalige Güterbeförderung und Geldversendungen zu den billigsten Preisen. Frankfurt am Main, 5. März 1849.

Gebrüder Ohlenschläger.

Niederländische Dampfschiffe.

Abfahrt von Frankfurt mit dem ersten Eisenbahnzug vorläufig jeden Montag, Dienstag, Donnerstag, Samstag (ohne umzuladen) nach Koblenz, Köln, Düsseldorf und Rotterdam, jeden Samstag vermittelt des „Battaviers“ nach London.

Personenbillette zu sehr ermäßigten Preisen:	nach Köln	Borcasjüte 2 fl. 30 fr. Salon 5 fl.
und (mit der Eisenbahnkarte von Frankfurt) bis Rotterdam	"	5 " " " 10 "
Güter- und Geldsendungen werden auf's prompteste befördert.	"	11 " 30 " " 20 "

Der Agent G. L. Benschlag, im Wolfs-Eck am Paradeplatz in Frankfurt.

Güter - Transport

nach allen Gegenden Deutschlands und des Auslands insbesondere

nach allen Stationen des Rheins,

wobei nach Trier, Luxemburg, nach Belgien-Paris und Havre, nach Holland, England und den überseeischen Häfen, sowie auch nach Bremen, Hamburg und dem Norden, billige Uebernahmen gestellt, und die prompteste Beförderung zugesichert werden kann.

Bei Versendungen in größeren Quantitäten können auch zeitweise Fracht-Ermäßigungen stattfinden, und besonders für London noch besondere Vortheile eingeräumt werden.

G. Louis Benschlag, im Wolfs-Eck am Paradeplatz in Frankfurt a. M.

Nach Nord - Amerika

habe ich für Reisende und Auswanderer fortwährend billige und solide Fahrgelegenheit; auch empfehle ich mich zur Beförderung der Güter.

NB. Die Verträge sind zu denselben Preisen, wie in Mainz, schon von Frankfurt gültig.

Der Agent G. Louis Benschlag, am Paradeplatz in Frankfurt a. M.

Die Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft in Paris

für See-, Fluß- und Land-Transporte versichert zu äußerst billigen Prämien, und der unterzeichnete Agent ist ermächtigt, alle Assurances auf dem Rhein, den in denselben sich ergießenden Flüssen und Kanälen, zur See zwischen Holland, Belgien, England, Frankreich, Spanien, Portugal und dem mittelländischen Meere, der Donau und dem Ludwigs-Kanale, so wie zu Lande per Fuhr oder Eisenbahn zu übernehmen und rechtsgültig abzuschließen. — Nähere Auskunft ertheilt auf das Bereitwilligste

der General-Agent G. Louis Benschlag,

[695] am Paradeplatz, Ecke der großen Eschenheimerstraße, in Frankfurt a. M.

Preis - Ermäßigung.

[492] In ganzem Vorrathe habe ich übernommen und erlasse um den beibehaltenen Nettopreis:

Adelbert von Chamisso's Werke.

Octav-Ausgabe in 6 Bänden, mit Portratt, 2 Bildnissen, 2 Karten und 4 Radirungen zum Schlemihl von A. Schröbter. Leipzig 1836-39. (Zthr. 7 1/2.)

Serabges. Nettopreis: fl. 4. 40 fr.

5r und 6r Band einzeln, auch unter dem Titel:

Leben und Briefe von A. v. Chamisso, nach seinem Tode herausgegeben von J. E. Hübner, 2 Bde. mit Bildniß. (Zthr. 2 1/2.)

Serabges. Nettopreis fl. 1. 45 fr.

Joseph Buer, Zeil 5, der Schäfergasse gegenüber.

[699] Haus zu verkaufen.

Auf der Hochstraße, in der gesündesten Lage der Stadt, zwischen dem Bockenheimer- und Eschenheimerthor, ist ein großes, elegantes, in neuestem Styl erbautes Haus, Salons, viele Zimmer, Stallung und Remise und alle Bequemlichkeiten enthaltend, nebst Garten, zu verkaufen. Näheres bei der Redaction.

[2547] Zahntinctur.

Cresson de Para Camphré von Herrn Grandhomme, Zahnarzt in Paris, ist in Dépôt bei F. Breul jun., die Flasche zu 5 Fr. oder 2 fl. 20 fr.

[167] Ein- und Verkauf von Staatspapieren und Anleihenlotterielosen bei Julius Stiebel junior.

[135] Landgutsverkauf.

Ein schönes Landhaus am Rhein mit einem Arrondissement von einigen Morgen Weinbergen etc., mit Jagd und sonstigen Annehmlichkeiten, ist billig zu verkaufen. Näheres bei der Redaction.

[638] Öffentliche Aufforderung. Forderungen und Ansprüche aller Art an das concursfähige Vermögen des Michael Schrott IV. von Oberroden müssen, bei Vermeidung des stillschweigend eintretenden Ausschusses von der Masse,

Freitag den 20. April d. J., Nachmittags 2 Uhr

dahier angezeigt und rechtlich begründet werden. Langen, den 1. März 1849.

Großherz. Dess. Landgericht. Schulz.

[528] Bekanntmachung.

Auf den Antrag des Schuhmachers Johannes Wicke, Wilhelm's Sohn, zu Rengershausen, werden diejenigen, welche aus einer am 1. März 1816 von den Erben des Wilhelm Wicke, dem Otto Reim auf der Knechtstube über ein zu 5 pCt. verzinsliches Darlehn von 180 Thlr. unter Verpfändung von Haus, Scheuer und Stallung ausgestellten Schuldverschreibung, welche angeblich verloren gegangen ist, Ansprüche begründen wollen, aufgefordert, diese Ansprüche binnen 6 Wochen und spätestens im Termin den

2. Mai d. J., Vormittags 9-11 Uhr

dahin geltend zu machen, widrigenfalls bei nachgewiesener Befriedigung der Erben des ursprünglichen Gläubigers die Originalschuldschreibung für erloschen erklärt, und das Pfandrecht auch ohne deren Betragung gelöscht werden wird.

Cassel, am 21. Februar 1849. Kurfürstliches Landgericht. Pfaff.

Decret

in Sachen

der J. G. Stronks geborene Waldeck von Zwolle im Königreich der Niederlande, Klägerin und

Impetrantin

gegen die Erben des verstorbenen Landoberschultheißen Mainone zu Limburg, namentlich:

- 1) Justine Gertrude Mainone, Ehefrau des Hüttenverwalters Rograth auf der Obercafferer Auaubütte bei Bonn,
- 2) Franz Carl Mainone zu Cöln,
- 3) Ernst Joseph Mainone zu Andernach,
- 4) Franz Martin Mainone zu Limburg,
- 5) Tuchmacher Jacob Bernhard zu Limburg, als Vormund über Joseph Mainone alda,
- 6) Catharine Mainone zu Andernach,
- 7) Theresia Mainone, verehelicht an Hof-Gerichts-Assessor Wähler zu Nastadt im Großherzogthum Baden,
- 8) Sophie Mainone, verehelicht an den Kaufmann Rothermel in Eurenburg,
- 9) Johann Mainone alda und
- 10) Nanette Mainone alda,

Beklagte und Impetranten wegen Rechnungsablage über die für die Impetrantin eingenommenen Stetagebühren im Betrage von 2150 fl., insbesondere wegen Arrestes.

Da in der rubricirten Rechtsache am 21. Februar 1832, eine Forderung der Beklagten und Impetranten von 100 fl. Rest von 150 fl. aus Darlehn, an den nummehr verstorbenen Simon Brahm zu Willmar mit Arrest befristet worden ist, der Rathsherr Müller zu Willmar als befallener Güterpfandbesitzer des Simon Brahm darauf diese 100 fl. am 6. März 1832 bei der damaligen Schuldenstilgungscommission deponirt hat und hierüber der Schuldschein vom 15. April 1832 dahier vorliegt, so wird auf das Anrufen des Deponenten und der Erben des Simon Brahm, namentlich: 1) Johannes Brahm und 2) Catharina Brahm, Ehefrau des Peter Geis zu Willmar, den Parthien, oder deren Rechtsnachfolger, deren demalstiger Wohnort nicht bekannt ist, aufgegeben, so gewiß binnen 60 Tagen von dem ersten Erscheinen dieses Decrets in öffentlichen Blättern an gerechnet, ihre Ansprüche an dem vorbezeichneten Depositem dahier geltend zu machen, als sonst dasselbe dem Deponenten, dem Rathsherrn Müller zu Willmar, zurückbezahlt werden soll.

Kunkel, den 23. Februar 1849. Herzogl. Nass. und Fürstl. Wied. Amt. Krefel.

Berichtigung.

In der Annonce Nr. 678 im gestrigen Hauptblatt heißt es irrthümlich: „Eine Baumwollenspinnerei von 10 Spindeln“ statt „10,000 Spindeln“.